

ERIKA STEINBACH / MAX OTTE
(HERAUSGEBER)



Nachdenken *für* Deutschland

Wie wir die Zukunft unseres Landes sichern können

SCHRIFTENREIHE DER



EDITION SONDERWEGE

Rainer Rothfuß

Europa: Vielfalt und Bürgerdemokratie statt Superstaat und Migrationsmekka

Zusammenfassung: Europa befindet sich in einer gefährlichen Krise und heiklen Umbruchphase. Der Diskurs um Lösungsalternativen wird keineswegs ergebnisoffen, sondern hegemonial im Gleichschritt zwischen den etablierten politischen Parteien und den Massenmedien geführt. Am Ende könnten ein elitokratisch vorgezeichneter Weg in einen pseudodemokratischen europäischen Superstaat und ein konzeptloses Migrationsmekka stehen. Deutschland sollte differenzierte Alternativlösungen initiieren. Im vorliegenden Beitrag wird zunächst ein konzeptioneller Überblick über die Sach- und Problemfelder gegeben. Darüber hinaus wird die zunehmend medial propagierte »legalisierte« Massenmigration samt den ideologischen und geopolitischen Hintergründen hinterfragt. Für dieses faktisch verlogenste Themenfeld zeitgenössischer Politik wird ein zukunftsfähiges Lösungskonzept erarbeitet. Alternativ zur äußerst gefährlichen, da polarisierenden und expansiven NATO-Strategie soll abschließend das geopolitische Leitbild einer umfassenden Sicherheitsarchitektur für die nördliche Hemisphäre des Planeten dargelegt werden, in dem Deutschland als Herzstück Europas eine zentrale friedensstiftende und vermittelnde Brückenfunktion einnimmt

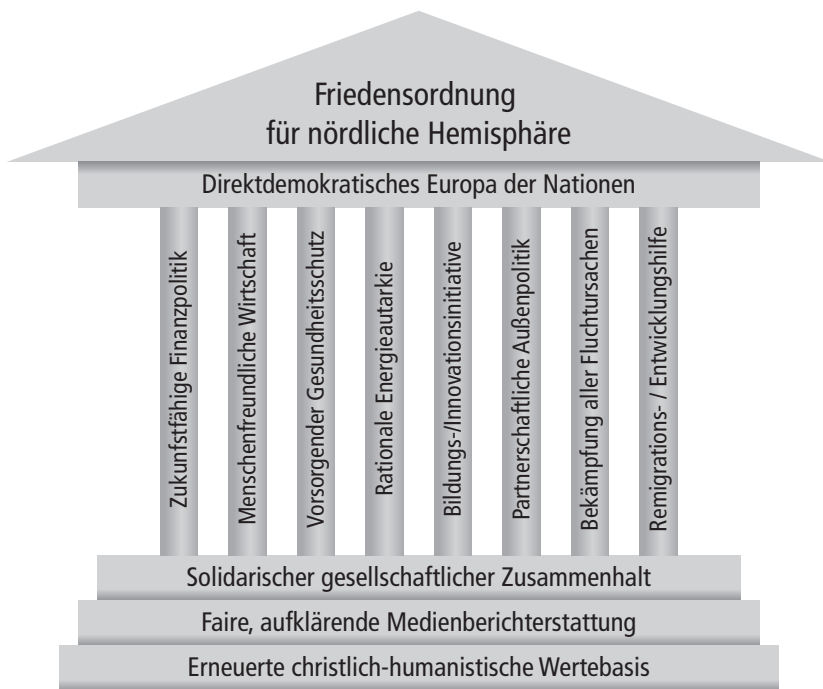
Konzept für ein christliches Europa der Bürger in einer stabilen, friedlichen Welt

Bezüglich der Zukunftsperspektiven der Europäischen Union warnt der US-Geheimdienst CIA, der in Kooperation mit dem US-Militär seit Jahrzehnten Europas Nachbarschaft destabilisiert, in seiner weltweiten Gefahrenanalyse 2018:¹

»In den nächsten fünf Jahren wird Europa sich mit der Möglichkeit auseinandersetzen müssen, dass sich das europäische Projekt auflöst, während die Nachkriegsordnung durch Zuwanderungsströme aus der instabilen, oft bedrohlichen Peripherie und durch die Zwänge einer

globalisierten Wirtschaft, die die ökonomische Ungleichheit verstärken, zunehmend unter Druck gerät.«

In Anbetracht der tiefen strukturellen Krise, auf die Europa durch die verfehlte Politik der vergangenen Jahrzehnte seit dem Ende des Kalten Krieges zusteuert, bedarf es weit mehr als nur marginaler technischer Justierungen. Erforderlich ist eine komplette Neuorientierung, die gleichwohl auf alten in Europa bewährten, aber erneuerten Werten fußen sollte (s. Abb.). Im Zeitalter dichter europäischer und zunehmend globaler Interdependenzgeflechte wären fachpolitische Lösungsansätze in Abstimmung und funktionaler Aufgabenteilung mit den inner- und außereuropäischen Partnern ideal. Faktisch erfordert jedoch der zwischengesellschaftliche Zeitversatz im Auftauchen und Erkennen drängender Problemfelder oft auch impulsgebende nationale Einzelinitiativen, um die notwendige Handlungsdynamik im trägeren gesamteuropäischen Staatenverbund auszulösen.



*Politisch-gesellschaftliches Leitbild für ein zukunftsfähiges
Europa der Bürger*

Im Folgenden sollen anhand der Abbildung »Leitbild für ein zukunftsfähiges Europa der Bürger« die besonders relevanten Grundlagen (»Fundament«), die wichtigsten fachpolitischen Bereiche (»Säulen«) sowie das anzustrebende und alle nationalen und europäischen Errungenschaften sichernde Zukunftsziel (»Dach«) zusammengefasst werden.

*Das »Fundament« für ein
zukunftsfähiges Europa der Nationen*

Das *Fundament* eines geeinten friedlichen Europa, das die Vielfalt seiner Kulturen und ihrer selbstbestimmten Entwicklungspfade² respektiert, kann auf einen reichen geistigen und geschichtlichen Erfahrungsschatz bauen. Gleichwohl ist zu konstatieren, dass in folgenden drei Kernbereichen bereits gewonnene Klarheit verloren gegangen ist und eine erneuerte Orientierung für die vor uns liegenden Herausforderungen gesucht werden muss:

1. *Erneuerte christlich-humanistische Wertebasis*: Die viel beschworene »westliche Wertegemeinschaft« hat ihre eigene Glaubwürdigkeit nicht zuletzt durch wiederholte völkerrechtswidrige Militärinterventionen und »Regime Changes« in der Nachbarschaft Europas in Nordafrika, Nahost und Osteuropa sowie durch entwicklungshemmende »Economic Partnership Agreements«³ mit afrikanischen Staaten deutlich beschädigt. Sowohl die christlichen Werte der Solidarität mit Schwächeren – auch jenseits des Medienfokus⁴ – als auch die humanistischen Werte einer wachsamem, selbstreflektierenden Kritik westlicher ökonomischer Machtinteressen als oft kurzfristigem außenpolitischen Handlungsmotiv bedürfen einer grundlegenden Erneuerung in unserer in weiten Teilen selbstgefällig und unkritisch gewordenen Gesellschaft.
2. *Faire, aufklärende Medienberichterstattung*: Im aktuellen System fungieren die Medien als teils subtiles, teils dröhnendes Sprachrohr übermächtiger, ideologisch und ökonomisch definierter Herrschaftsinteressen. Wenn keine konstruktiven Regelungen gefunden werden, die zumindest die öffentlich-rechtlichen Medien wieder im Interesse des Souveräns, nämlich des Bürgers, als ausgleichende und kontrollierende »vierte Gewalt im Staat« etablieren, können aufgrund mangelnder allgemeiner

Kenntnis und Aufklärung in unserer Gesellschaft auch die übrigen Funktionen im (direkt-) demokratischen System von den Bürgern nicht konstruktiv wahrgenommen werden. »Wissen ist Macht« und in einer modernen Informationsgesellschaft die (alternativen) Medien des Bürgers Schlüssel dazu.

3. *Solidarischer gesellschaftlicher Zusammenhalt*: Durch massenhafte Immigration aus Kulturkreisen mit teilweise latent bis offen inkompatiblen Wertesystem⁴ und durch eine zunehmend aggressive Indoktrination großer Teile der Bevölkerung gegen die natürliche Forderung eines Erhalts und einer selbstbestimmten Entwicklung der kulturellen Identität(en) Europas gerät unsere Gesellschaft zunehmend unter Spannung und in Konflikt. Das ewige Wachstumsdiktat eines neoliberalen Finanzsystems, das die Profitraten des investierten Kapitals bedienen muss, verstärkt die Verwerfungen in der Gesellschaft durch eine gut kaschierte Umverteilungsmaschinerie. Durch sie werden das Gros der Bevölkerung vom Sozialhilfeempfänger bis zum steuerlich geschröpften Gutverdiener zu ewigen Verlierern und die faktisch nahezu steuerbefreiten mächtigen transnationalen Konzerne und Finanzzeiger zu ewigen Gewinnern gemacht.

Schaffen wir es nicht, die gesamtgesellschaftliche Solidarität und Respekt vor Meinungsvielfalt auch bezüglich konservativer und systemkritischer Positionen wieder zu stärken, so wird es uns nicht gelingen, in einer gemeinsamen Kraftanstrengung die essenziellen Herausforderungen in der Gestaltung einer friedlichen gesamtgesellschaftlichen Zukunft zu meistern. Eine ernstere wirtschaftliche Depression könnte dann die vertieften innergesellschaftlichen Sollbruchstellen in gefährliche Konfliktlinien unkontrollierter Gewalt bis hin zu offenem Bürgerkrieg verwandeln.

*Die essenziellen fachpolitischen »Säulen«
zukunftsfähiger Politik*

Die wichtigsten fachpolitischen Säulen für eine zukunftsfähige Ausgestaltung nationaler und europäischer Politik in einer von besonderen Globalisierungsherausforderungen geprägten Welt lassen sich wie folgt zusammenfassen:

1. *Zukunftsfähige Finanzpolitik*: Eine konservative Politik, die den Interessen der großen Mehrheit der Bürger dienen will und nicht allein den neoliberalen Finanzmarktinteressen, muss wesentliche finanz- und steuerpolitische Regularien auf den Prüfstand stellen. Unbestritten dient das aktuelle System der Verschärfung des sozialen Ungleichgewichts durch das Transferieren von Einkommen von unten nach oben sowie bei der Bankenrettung durch die Privatisierung von Gewinnen und die Sozialisierung von Verlusten. Es ist inakzeptabel, dass internationale Konzerne in Europa Steuergeschenke in Höhe von einer Billion Euro pro Jahr⁵ erhalten und zugleich Arbeit, Renten und alltäglicher Konsum so hoch besteuert werden, dass Arbeitskräfte für Unternehmen immer unrentabler werden im Vergleich zur Automatisierung und eine immer breitere Schicht der (arbeitenden) Bevölkerung (»Working Poor«) unter dem Existenzminimum lebt. Zudem werden durch Überschuldung der Staaten und Finanztricks wie »Target 2« aktuelle Belastungen in exorbitantem Ausmaß in die Zukunft verschoben und zukünftige Generationen belastet.
2. *Menschenfreundliche Wirtschaft*: Wirtschaftsexperten prognostizieren eine Gefährdung der Mehrzahl heute existierender sozialversicherungspflichtiger Jobs im mittel bis gering qualifizierten Bereich durch Automatisierung, Robotisierung, Blockchain-Technologie und »Künstliche Intelligenz«. Ein aufgeblähter Leiharbeits- und Niedriglohnsektor kaschiert die strukturelle Arbeitslosigkeit. Angesichts massenhafter, gering qualifizierter Zuwanderung nach Europa und seit Jahren regional bis zu 60% hoher Jugendarbeitslosigkeit in südeuropäischen Staaten wird die Frage der Sicherung von Beschäftigung und sozialem Ausgleich zum Damoklesschwert über dem sozialen Frieden in Europa.
3. *Vorsorgender Gesundheitsschutz*: Die Gesundheit des Menschen steht im Mittelpunkt jeglichen Wohlergehens der Bürger. Viele gesundheitliche Gefahrenquellen, die in Zusammenhang mit industriellen Produkten und Technologien stehen, werden sträflich ignoriert (WLAN- und Mobilfunkstrahlung, Nebenwirkungen von Arzneimitteln und Impfungen, toxische Stoffe in Lebensmitteln und Atmosphäre etc.). Stattdessen beißt sich die

Regierungspolitik an Scheinproblemen wie dem Dieselfeinstaub⁶ fest und versteckt hinter Placebopolitik für »Gesundheitsschutz« ein Konjunkturförderprogramm für die Automobilindustrie, finanziert durch den Bürger.

4. *Rationale Energieautarkie*: Eine durchdachte Energiewende, die eine stabile Stromversorgung unter Nutzung überwiegend heimischer Energieträger garantiert, wäre zu begrüßen. Was in den vergangenen Jahrzehnten mit 520 Milliarden Euro⁷ Subventionen zulasten privater und kleinunternehmerischer Stromkunden umgesetzt wurde, war ein ökologisch gut gemeintes, aber materialökologisch schädliches Investitionsförderprogramm mit risikofreien Renditen für die Anleger. Der unabdingbare Ausbau von Speichertechnologien und -kapazitäten hätte von Anfang an mit der Förderung gekoppelt werden müssen, statt die Leistung des nationalen Kraftwerksparks unter immensem Materialeinsatz zu verdoppeln, nur um die Versorgungssicherheit bei längerer »Dunkelflaute« zu gewährleisten. Konstruktive Partnerschaften mit seit Jahrzehnten bewährten Energielieferanten wie Russland müssen auch Teil einer rationalen Strategie für energetische Versorgungssicherheit eines rohstoffarmen Landes wie Deutschland sein.
5. *Bildungs- und Innovationsinitiative*: Überbordende Bürokratie und Regulierungswut in Deutschland und der Europäischen Union ersticken zunehmend die Innovationskraft insbesondere kleinerer Unternehmen, lähmen produktive Kräfte und binden finanzielle Mittel in nutzlosen Überwachungsaktivitäten. Völlig inakzeptabel ist zum einen das schulterzuckende Aussortieren großer Teile der jungen Generation, die in vielen Ländern Europas unter notorischer Jugendarbeitslosigkeit leiden und zum anderen die überbordende Akademisierung der Ausbildung, so dass wichtigen technischen und handwerklichen Berufen die Grundlage entzogen wird.
6. *Partnerschaftliche Außenpolitik*: Im Zentrum deutscher und europäischer Außenpolitik müssen an erster Stelle gutnachbarschaftliche Beziehungen zu unseren (teilweise verkannten) Partnern und Nachbarn stehen. Durch doppelte Standards in der Bewertung Russlands und schulmeisterliches Auftreten gegen-

über den USA unter Trump hat sich Deutschland und Europa auf einen gefährlichen Grat der Isolation begeben. Hinzu kommt, dass – entgegen dem vitalen Interesse gutnachbarschaftlicher Beziehungen – Europa nordafrikanische, nahöstliche und ost-europäische Staaten durch Förderung von Umstürzen bis hin zu offenem Bombardement (Irak, Libyen, Syrien und Jemen) in Brand gesteckt hat.

7. *Bekämpfung aller Fluchtursachen*: Massenhafte Migration nach Europa wird angesichts der afrikanischen Bevölkerungsexplosion und mangelnden Entwicklungs- sowie Grenzmanagements das dominante Problem Europas im 21. Jahrhundert sein. Die migrations-, handels- und außenpolitischen Weichenstellungen Europas und der UNO (Globaler Pakt für Migration) räumen jedoch nicht der ursächlichen Verhinderung von Armutsmigration Priorität ein, sondern der Verstetigung »legalisierter« Migration und damit der Maximierung der Heterogenisierung nationaler Gesellschaften. Nicht die Akzeptanz von Massmigration ist oberstes humanitäres Gebot, sondern die konsequente Bekämpfung all jener Ursachen, die Afrika und weitere Nachbarregionen Europas ins Elend gestürzt haben.
8. *Remigrations- und Entwicklungshilfe*: Die zentrale Zukunftsaufgabe europäischer Politik wird – sofern Europa seinen einzigartigen vielfältigen Charakter und seine globale Wettbewerbsfähigkeit bewahren will – die Verhinderung massenhafter, gering qualifizierter Immigration sein sowie die Hilfe zur erfolgreichen und sicheren Rückkehr krisenbedingter Migranten, um den Wiederaufbau ihrer Heimatländer zu betreiben bzw. die dortigen wirtschaftlichen Entwicklungsperspektiven zu stärken. Ernste Probleme in den Herkunftsländern lassen sich nicht durch die massenhafte selektive Migration der zahlungskräftigsten und physisch fittesten jungen Männer lösen, sondern durch eine Behandlung der Probleme an ihrer Wurzel vor Ort bei oft zügelfach effektiverem Mitteleinsatz der Hilfe als im hochpreisigen Deutschland. Eine entsprechend thematisch und regional fokussierte Entwicklungshilfe, die nicht die parasitären politischen Eliten der Entwicklungsländer, sondern ihre notleidende Bevölkerung und die lokale Wirtschaft im Fokus hat, dient nicht

nur den Herkunftsländern, sondern macht sie auch zu stabilen und wertvolleren Wirtschaftspartnern Deutschlands und Europas.

Die genannten thematischen Schwerpunktfelder einer den Menschen in Europa und auch unserer Nachbarschaft dienenden Politik stellen keine abschließende Liste dar. Welche Prioritäten gesetzt werden und wie mit Zielkonflikten zwischen verschiedenen Bereichen umgegangen wird, kann und darf nicht allein durch eine kleine Auswahl von Berufspolitikern in der »Black Box« repräsentativer Demokratie entschieden werden. Allzu oft hat sich herausgestellt, dass der Zugang mächtiger Lobbyisten zu den Entscheidern in den Parlamenten deutlich direkter und erwünschter ist als der der einfachen Bevölkerung mit ihren alltäglichen Bedürfnissen. Das verbindende und tragende Element (»Dach« in der Abbildung) zwischen den thematischen Säulen ist daher die Direkte Demokratie. Sie ist, wie das Schweizer Vorbild zeigt, konstitutiv für einen wirklichen Souveränitätsstatus des Volkes gemäß Grundgesetz Art. 20 (2).⁸ Vorausgesetzt, dass die Staatsbürger durch die Medien umfassend und ohne interessengesteuerte Manipulation informiert und damit zu weitsichtigen Entscheidungen befähigt werden, können diese am tragfähigsten die großen Weichenstellungen in einem offenen gesamtgesellschaftlichen Diskurs erörtern und bindend direktdemokratisch entscheiden. Das repräsentative politische System sollte bei der Umsetzung der vom Souverän, dem Volk, vorgegebenen Richtungsentscheidungen die Feinjustierung und Ausführung vornehmen.

Der Eintritt ins Zeitalter der Migrationsgläubigkeit:

Der »Globale Pakt für Migration«

Ähnlich entscheidend für die Zukunft Europas wie die Frage über Krieg oder Frieden mit Russland ist in unserer Zeit nur noch die Frage der Handhabung des stetig anwachsenden Drucks zu massenhafter Einwanderung aus den bevölkerungsmäßig exorbitant wachsenden Kulturräumen Afrikas und Asiens. In der Geschichte aller Kulturräume gab es abwechselnde Epochen mit langen Abschnitten relativ ungestörter kultureller Entwicklung ohne dominante Außeneinflüsse. Zeitweise bedingten jedoch massenhafte Wanderungsbewegungen,

ob durch Krisen oder gezielte Eroberungspläne angetrieben, eine tiefgreifende Überprägung autochthoner Kulturen bis hin zu ihrem kompletten Verschwinden bzw. Aufgehen in einem sich neu etablierenden Kulturkreis.

Komplett neu dürfte jedoch die heute dominante erklärte Sichtweise auf das Phänomen Massenmigration sein, die ohne schlüssige Argumentation als erstrebenswerte Lösung für alle Probleme in den Herkunftsregionen und zudem als Rettung für die von Kinderarmut und angeblichem Fachkräftemangel betroffenen Zielstaaten Europas hochstilisiert wird. Völlig außer Acht gelassen wird die vom linken Wiener Intellektuellen und Verleger Hannes Hofbauer nachgewiesene historische Tatsache, dass Migration fast immer Ausdruck schlimmer humanitärer Notsituationen war, bzw. diese dadurch ausgelöst wurden. Wo heute gerade linke Parteien bis hin zur CDU eine massenhafte Armutsmigration nach Europa als humanitäres »Pflichtprogramm« propagieren, macht der Historiker in erster Linie handfeste neoliberale Kapitalinteressen aus, um hiesige Angehörige des Niedriglohnssektors in eine destruktive Lohndumpingspirale zur Steigerung der Profitraten hineinzutreiben.⁹

Welche einende Motivation auch immer hinter dem seltsamen Konglomerat migrationsfördernder Organisationen, der »Migrantology-Sekte« von George Soros' Open Society Foundation, den Mainstream-Medien und Staatskirchen bis hin zu EU und UNO, stecken mag – aus demografischer, humanitärer, wirtschaftlicher und sozialpolitischer Sicht ist die neuerdings propagierte »legalisierte« Massenmigration realistischere ein in die Sackgasse führender Ansatz. Im besten Fall könnte man sie noch als ein elitär gesteuertes unsicheres Experiment mit unwissenden Gesellschaften deuten. Der deutsch-amerikanische »Migrantologe« Yascha Mounk beispielsweise verkauft es in den ARD Tagesthemen vom 20.02.2018 als »historisch einzigartiges Experiment, [...] eine monoethnische, monokulturelle Demokratie in eine multiethnische zu verwandeln«, »aber dabei kommt es natürlich auch zu vielen Verwerfungen.« Der Spiegel-Verleger Jakob Augstein versuchte in einem propagandistischen Kommentar vom 09.07.2018 bei seinen Lesern die nötige Migrationsgläubigkeit für dieses »Experiment« zu fördern: »Durch Einwanderung könnte Deutschland zum neuen, besseren Amerika

werden. Wir müssten uns nur von lieben Gewohnheiten verabschieden – zum Beispiel vom Sozialstaat, wie wir ihn kennen.«¹⁰

Wer oder was reitet hier unsere politische und gesellschaftliche »Elite«? Was verleitet die Bundesregierung dazu, Ende 2018 im Rahmen der UNO den »Globalen Pakt für Migration« (GPM) mit dem Ziel der »global Governance [...] internationaler Migration«¹¹ zu unterzeichnen, der den Nationalstaaten die Souveränität nimmt, über die Steuerung von Migration souverän und im demokratisch kontrollierten Auftrag des eigenen Volkes zu entscheiden? Wie kann es sein, dass dieser UN-Pakt nicht einmal in den Ausschüssen des Bundestags diskutiert werden sollte und erst die AfD-Fraktion einfordern musste, dass er als durchaus relevante zwischenstaatliche Übereinkunft am 19.04.2018 überhaupt im Parlament behandelt wurde? Die Erfahrung mit ähnlichen völkerrechtlichen Abkommen zeigt, dass die »politische Verbindlichkeit« des GPM genügt, um in der Folge nationale wie europäische politische, gesetzgebende und auch gerichtliche Entscheidungen effektiv zu steuern.

Warum sollen alle UNO-Staaten einen »Pakt« unterzeichnen, in der Migration pauschal überhöhend als »Quelle von Wohlstand, Innovation und nachhaltiger Entwicklung in unserer globalisierten Welt« gepriesen wird und sich in Orwell'scher Manier verpflichten, eine positive »Wahrnehmung der Migration [zu] formen«? Warum sollte es als verbindliches Ziel festgeschrieben werden, dass Migranten »unabhängig von ihrem legalen Status« vollen Zugang zu den nationalen sozialen Sicherungssystemen erhalten und »schnellere, sicherere und billigere Rücküberweisungen« von Geldern, Sozial- und Pensionszahlungen in die Herkunftsländer gewährleistet werden? Der UN-Pakt behandelt kaum irgendeine relevante Ursache für den steigenden Migrationsdruck, wie ein exorbitantes Bevölkerungswachstum in Afrika oder völkerrechtswidrige Militärinterventionen und interessegeleitete Regierungsumstürze. Der Pakt setzt den völkerrechtlichen Grundstein für das gleichsam von der Kanzel herab versprochene goldene Zeitalter globaler Migration, dessen Sinnhaftigkeit von niemandem mehr angezweifelt werden darf, ohne sich dem hegemonialdiskursiven Totschlag-Vorwurf von Rassismus und Fremdenhass auszusetzen.

Auch die EU-Kommission ist nicht Opfer, sondern treibende Kraft hinter der Etablierung des globalen Migrationsregimes, dem die in-

dividuellen Interessen demokratischer Nationalstaaten wie Ungarn, Italien, Österreich oder Dänemark nur lästig im Wege stehen. Sie finanzierte mit Steuergeldern ab 2007 eine »Experten«-Studie, in der angenommene Aufnahmekapazitäten für Migranten in die EU mit haarsträubenden Methoden berechnet wurden. So ergab das Ansetzen einer angeblich akzeptablen Bevölkerungsdichte für die EU von 1000 Einwohnern pro Quadratkilometer (bisheriger Wert 230 für Deutschland, 114 für die EU und 30 für Afrika) allein für Deutschland eine zusätzliche Aufnahmefähigkeit von 275 Millionen (exakt 274.539.094) Migranten, die dann unter Einbeziehung des BIP umgerechnet wird in einen »ausgewogenen« Verteilerschlüssel »im Geiste der Solidarität«, zur Festlegung der jeweiligen nationalen »Aufnahmekapazität« für ankommende Migranten.¹²

Wie viele Migranten in den kommenden Jahrzehnten in Europa ankommen werden, ist schwer vorherzusagen. Die Internationale Organisation für Migration (IOM) der UNO zählte 2015 bereits 244 Millionen Migranten weltweit, fast 100 Millionen mehr als 1990.¹³ Der UNO-Weltbevölkerungsbericht 2018 prognostiziert eine Verdoppelung der afrikanischen Bevölkerung von 1,3 auf 2,6 Milliarden innerhalb von nur 32 Jahren, also bis 2050.¹⁴ Da sich die politische Stabilität angesichts sich – zumindest relativ gesehen – stark verknappender Ressourcen in Afrika bis 2035 weiter verschlechtern wird, geht der US-amerikanische Auslandsgeheimdienst CIA von einem auch für Europa sehr bedrohlichen Szenario aus: »Rund 75 bis 250 Millionen Afrikaner werden extremen Wasserstress zu spüren bekommen – die wahrscheinliche Folge sind Massenmigrationen«. Laut einer Weltbank-Studie von 2018 wird diese Entwicklung bis 2050 rund 86 Millionen »Klimaflüchtlinge« allein aus Subsahara-Afrika in Bewegung setzen.¹⁵

Alternativstrategie zur Massenmigration:

Hilfe nach dem Proximitätsprinzip

Wer das unwiederbringliche Menschheitserbe der kulturellen Vielfalt in Europa und der Welt langfristig erhalten will, wer die vorhandenen Mittel für Flüchtlingshilfe nach humanitären Prioritäten und Wirksamkeitskriterien verantwortungsvoll einsetzen will, muss einen realitätsnahen Ansatz wählen, der statt Migrationsromantik

die vielschichtige Wirklichkeit im »globalen Dorf« berücksichtigt. Verantwortungsvolle Hilfe muss nach dem Nähe- bzw. »Proximitätsprinzip« erbracht werden: Hilfe für Menschen in Not sollte nur dann in größerer »Entfernung« geleistet werden, wenn sie in direkterer »Nähe« zum Problemherd nicht umsetzbar ist. Relevant sind kulturelle, ethnische, wirtschaftliche, räumliche und zeitliche Nähe für maßgeschneiderte und nachhaltige Hilfelösungen. Zentrales Kriterium sind gute kulturelle und wirtschaftliche Integrationsmöglichkeiten am vorübergehenden Zufluchtsort sowie leicht realisierbare Rückkehrperspektiven, sobald der Problemherd als Fluchtursache erfolgreich beseitigt wurde. Letzteres bedarf der ungeteilten Anstrengung der helfenden Staatengemeinschaft.

Die Bundesregierung muss sich aber fragen lassen, warum sie je Einwohner 2017 nur rund ein Viertel der norwegischen Zahlungen für Flüchtlingshilfe vor Ort an das UNHCR leistete und mit vielfach höherem Kostenaufwand eine vergleichsweise kleine Anzahl Migranten für die lebensgefährliche Flucht übers Mittelmeer »belohnt«? Warum versprach das Außenministerium im Mai 2018 1,7 Milliarden Euro Wiederaufbauhilfe für die notleidende Bevölkerung Syriens lediglich unter der neokolonial anmutenden Prämisse, dass Präsident Assad, der den westlichen geopolitischen Rohstoffinteressen im Nahen Osten im Weg steht, abgesetzt werden müsse? Solange diese »politische Lösung« (Heiko Maas, 25.04.2018 in Brüssel) nicht akzeptiert wird, hintertreibt die Bundesregierung faktisch den Wiederaufbau und damit die Rückkehrperspektiven für jene lediglich subsidiär geschützten Syrer, deren Familienzusammenführung sie seit August 2018 in Deutschland betreibt.

Grundlage für eine ganzheitliche, humanitäre Alternativstrategie zur Massenmigration und für wirksame Hilfe nach dem Proximitätsprinzip sollten folgende essenziellen, aber leider häufig ignorierten Perspektiven und Maßnahmen sein:

1. *Stopp militärischer Interventionen für Regierungsumstürze in Herkunftsländern:* Während die Irak-Intervention der NATO 2003 die Grundlagen für den 2012 von der DIA angekündigten und 2014 gegründeten Islamischen Staat¹⁶ legte, sorgte das ebenso völkerrechtswidrige Bombardement Libyens 2011 für das Öffnen der nun vom IS kontrollierten Migrationsschleuse

aus Afrika im bis heute zerstörten Mittelmeerstaat. Während in den 1990er Jahren UN-Sanktionen gegen den Irak unter Saddam Hussein eine Million Tote verursachten, wollen die deutschen Regierungsparteien auch 2018 noch die EU-Sanktionen gegen Syrien aufrecht erhalten.¹⁷ Diese haben jedoch die Flüchtlingskrise mit verursacht, da sie das Leben der dortigen Armen besonders beeinträchtigen (medizinische Versorgung, Ernährung etc.) und den Wiederaufbau und damit die Rückkehr der hiesigen Flüchtlinge behindern. Diese menschenverachtende, ja kriminelle Einmischungspolitik muss sofort und für immer beendet werden.

2. *Stopp von Waffenlieferungen* (auch über Hintertüren) in Herkunftsregionen: Es gibt eine enge Korrelation zwischen dem Volumen der vom Westen exportierten Waffen in den Nahen Osten (rund 90 % aller Verkäufe in die Region) und der Anzahl der dort entwurzelten Flüchtlinge. Kein deutsches Wirtschaftswachstum und keine Steuereinnahmen aus solch kurzfristigen Waffengeschäften können je den Schaden aufwiegen, der ethisch, menschlich und auch wirtschaftlich durch diese Verantwortungslosigkeit in den betreffenden Kriegsgebieten angerichtet wird.
3. *Revision der EU-Außenhandels-Abkommen* und Eliminierung destruktiver Exportförderung: Durch hochsubventionierte Agrarexporte aus der EU nach Afrika und ungleichen »Freihandel« werden vielerorts lokale und nationale Märkte derart verzerrt, dass viele heimische Bauern und Fischer keine Chance mehr haben, ihren Lebensunterhalt in nachhaltigen, kleinräumigen Wirtschaftskreisläufen selbst zu bestreiten. Während beispielsweise ökologisch irrsinnige Kühlflugzeuge tiefgefrorene, EU-subventionierte Hähnchenflügel nach Westafrika fliegen, propagiert die EU absurderweise die europaseitige Aufnahme von Klimaflüchtlingen im Rahmen des Globalen Pakts für Migration als Lösung des »Problems Klimawandel« in Afrika.
4. *Erneuerung der politischen und gesetzlichen Grundlagen für Asyl*: Als die Genfer Flüchtlingskonvention 1951 unterzeichnet wurde, war die Zielsetzung der Schutz für verfolgte Individuen aus totalitären Staaten. Zwischenzeitlich wurde die Kommunikation und

Mobilität durch technische Innovationen revolutioniert. Die globale Mobilität ist in ökonomische Reichweite weiter Teile der alle 10 Tage um eine Million Einwohner wachsenden Bevölkerung Afrikas und noch größerer Teile Asiens, einschließlich des Nahen Ostens, gerückt. Das politische Verständnis und die rechtlichen Regelungen hinken diesem Entwicklungsprozess weit hinterher und werden den aktuellen Herausforderungen nicht mehr ansatzweise gerecht. Die sozialstaatliche Rundumversorgung fast eines jeden illegal Eingereisten wirkt als unkontrollierbarer »Pull-Effekt« gegenüber Migranten aus ärmeren Ländern. Eine Sicherung der Außengrenzen des Schengenraums scheint vertragswidrig gar nicht mehr politisch erwünscht. Der aktuelle UN-Migrationspakt nährt die Hypothese, dass der Trend zur Massenmigration sogar für eine versteckte Agenda kultureller Maximaldurchmischung der westlichen Zielstaaten von Migration instrumentalisiert werden soll.

5. *Verhandlung von Remigrationsabkommen mit Herkunftsstaaten:* Es ist inakzeptabel, dass einzelne Herkunftsländer abgelehnte Asylbewerber nicht aus Deutschland wieder einreisen lassen oder den Prozess verschleppen, indem die betreffende Botschaft in Berlin jahrelang keine Ausweispapiere für die Rückkehr ausstellt, selbst wenn die Nationalität feststeht. Gleichsam inakzeptabel ist es, dass deutsche Behörden z.B. rückkehrwilligen Syrern unüberwindliche bürokratische Hürden in den Weg setzen, so dass es vereinzelt schon illegale Schlepper-Remigration über die Türkei zurück nach Syrien gibt, um die weitgehend befriedete Heimat zu erreichen. Die Bundesregierung muss wirksame Rückkehrregelungen in sichere bzw. befriedete Herkunftsregionen konsequent aushandeln und umsetzen. Dem Asylrecht muss wieder Geltung nach ursprünglicher Intention verschafft werden.
6. *Massive Aufstockung und Zielsteuerung der Entwicklungshilfe:* Jahrzehntlang hatte die Bundesregierung die 0,7 %-Zielmarke des BIP für Entwicklungshilfe nie erreicht. Heute gibt der Staat von der Kommune bis zum Bund ein Mehrfaches davon für ökonomisch weit ineffizientere, teilweise versteckte interne »Flüchtlingshilfe« aus. Auch Industriestaaten wie China brauchen

keine Entwicklungshilfe aus Deutschland mehr. Stattdessen sollte diese regional fokussiert werden auf die wichtigsten Quellstaaten von Armutsmigration. Thematisch sollte sie konzentriert werden auf die messbare Bekämpfung von Fluchtursachen sowie die Schaffung von Bleibeperspektiven. Während bislang korrupte und auch totalitäre Regime in den Herkunftsländern bei willfähriger Unterstützung westlicher Rohstoffinteressen gestützt und finanziert – wenn nicht gar »eingesetzt« – werden, muss in Zukunft ausgeschlossen sein, dass Entwicklungshilfegelder lokale politische Eliten mästen bzw. vornehmlich dem Rückfluss von Geldern in deutsche Entwicklungsapparate und Industrien dienen.

7. *Start obligatorischer Rückführungsprogramme* einschließlich Wirtschaftskooperation: Werden Rückführungsprogramme in bereits befriedete Staaten wie Eritrea und weitestgehend Syrien mit privatwirtschaftlichen Kooperationsinitiativen verknüpft und durch eine zielführende Entwicklungshilfe und Planung gesteuert, dann können die neu entstehenden Wirtschaftsbeziehungen auch dem beidseitigen volkswirtschaftlichen Nutzen dienen. Friedliche, stabile und entwickelte bisherige Herkunftsländer von Armut- und Bürgerkriegsflüchtlingen können so zu langfristig wertvollen Partnern Deutschlands werden. Vor und nach der Rückkehr von Migranten spielen bedarfsorientierte Ausbildungsprogramme eine zentrale Rolle für den Erfolg der Programme. In Deutschland kriminell gewordenen Migranten hingegen muss mit der gebotenen Härte des Rechtsstaats begegnet und bei einem entsprechenden Strafmaß wirksame polizeiliche Abschiebemechanismen etabliert werden.

Der Weg hin zu einer ganzheitlichen Lösung der sich aktuell erst schrittweise abzeichnenden Migrations-Megakrise, die das Schicksal Europas im 21. Jahrhundert bestimmen wird, ist ein komplexer. Aber »einfache« Lösungen wie Grenzschutz und Abschiebungen allein werden den Herausforderungen angesichts fast drei Milliarden zusätzlicher Einwohner allein in Afrika bis Ende des Jahrhunderts nicht gerecht werden können. Transparente, wirksame Regeln und faire Entwicklungsangebote – bei gleichzeitiger Unterbindung mas-

senhafter Migration in die attraktiveren Zielstaaten – müssen etabliert werden. Nur ein ganzheitliches Maßnahmenpaket wird auch in demokratischen Wahlen und Abstimmungen Mehrheiten in der deutschen und europäischen Bevölkerung erzielen. Europa darf seine hausgemachten Probleme von Facharbeiter- und Kindermangel nicht durch »Brain Drain« und »Human Mining« zulasten der armen Herkunftsstaaten von Migrationswilligen lösen. Zugleich darf Europa auch nicht die Chancen verschlafen, die der afrikanische Kontinent unserer Wirtschaft bietet. Wer an die Möglichkeit der langfristigen Mobilisierung dieser Potenziale nicht glaubt, der stelle sich die Frage, warum das ferne China bei den ausländischen Direktinvestitionen in Afrika Deutschland bald schon um das 100-fache übertrifft und selbst die zehnmal kleinere Schweiz noch mehr in Afrika investiert als die führende europäische Industriemacht Deutschland.

*Eine Friedensordnung für die nördliche Hemisphäre
als schützendes »Dach«*

Die in den bisherigen Ausführungen dargestellten Notwendigkeiten zur gesellschaftlichen und politischen Umsteuerung setzen eine tragende Friedensordnung voraus, die als schützendes »Dach« das aufgezeigte konzeptionelle Gebäude zukunftsfähiger Politik überspannt (s. Abb.). Während sich der Warschauer Pakt 1955 als sicherheitspolitische Antwort der sozialistischen Staaten des Ostblocks nach der Gründung der NATO 1949 formiert hatte, wartet man nach der Auflösung des östlichen Militärbündnisses 1991 nach Ende des Kalten Krieges vergeblich auf das Hinterfragen des westlichen. Entgegen den medial dokumentierten Zusicherungen der ehemaligen Außenminister Genscher und Baker (USA) expandiert die NATO Schritt für Schritt in den geopolitisch sensiblen Sicherheitsbereich Russlands hinein. Die dadurch entstandenen geopolitischen Spannungen führen Europa an den Rand eines möglichen neuen Krieges, bei dem Deutschland zum zentralen nuklearen Schlachtfeld werden und folglich vollständig untergehen könnte.

Vorausgesetzt wir sind in der Lage, das russische und US-amerikanische außenpolitische und militärische Handeln seit dem Kalten Krieg mit gleichem Maß zu bewerten, werden wir als Deutsche nicht umhin kommen, Russland ebenso als natürlichen und wichti-

gen Verbündeten Deutschlands zu erkennen und zu behandeln wie die westeuropäischen Nachbarn und die USA. Ansonsten tragen wir Verantwortung dafür, dass Russland in eine langfristige Partnerschaft mit China gezwungen wird und sich das geopolitische Kraftzentrum Eurasiens weg von Europa nach Fernost verschiebt. Unter der zeitgleichen Führung der USA unter Trump und Russlands unter Putin öffnet sich angesichts vorsichtiger Andeutungen beider Präsidenten erstmals seit dem Zweiten Weltkrieg ein kleines historisches Möglichkeitsfenster eines überfälligen formalen Friedensvertrags für Deutschland und einer Streichung der eigentlich obsoleten Feindstaatenklausel aus der Charta der Vereinten Nationen.

Eine tragende Friedensordnung, die nicht nur dem Hegemonialstreben einer einzigen Weltmacht dienen soll und geopolitische Spannungen nicht nur als nützliche Investition in für bestimmte Wirtschaftszweige lukrative zukünftige Kriege und Wiederaufbauprozesse sieht, muss der Tatsache gerecht werden, dass sowohl die aktuelle und zukünftige Bedrohungslage für Europa als auch die grenzüberschreitenden wirtschaftlich-kulturellen Integrationspotenziale in der nördlichen Hemisphäre einen viel umfassenderen Zuschnitt eines Sicherheitsbündnisses erfordern als ihn die aktuelle monopolare NATO-Interventionsstruktur bietet. Ohne die USA und Westeuropa ausschließen zu wollen, ist Deutschland aufgrund seiner geopolitisch verwundbaren Scharnierlage auf der eurasischen Landmasse gut beraten, seine Potenziale als Vermittler und Brücke zwischen Ost und West in Wert zu setzen. Eine Wiederannäherung an das über elf Zeitzonen bis an den Pazifik reichende Russland ist der erste Schritt. Der zweite ist eine gemeinsame Realisierung der infrastrukturellen und wirtschaftlichen Integration der nördlichen Teile des eurasischen Kontinents bis nach China.

Während die industrialisierten Staaten der nördlichen Hemisphäre bei ideologiefreier Betrachtung von den USA über Europa bis Russland und China ein gemeinsames Stabilitätsinteresse teilen, das von immer dichteren Interdependenzgeflechten getragen wird, befinden sich die meisten Teile der südlichen Hemisphäre einschließlich Nordafrikas und des Nahen Ostens noch in einer kritischen, gefährlichen Umbruchs- und langwierigen Stabilisierungsphase. Die Sicherheitsinteressen Europas und der nördlichen Industriestaaten

des Planeten sind durch die im Süden bislang ungelösten Probleme eines exorbitanten Bevölkerungswachstums, interner, aber nicht selten extern geschürter Konflikte, zunehmender relativer und teilweise auch absoluter Ressourcenverknappung bedroht. Ein verantwortungsvolles und partnerschaftliches, aber von klaren, fairen Regeln und nationalen wie völkerrechtlichen Grenzsetzungen getragenes Handeln der nördlichen Partner könnte die Gefahren im Süden und gleichsam für den Norden deutlich mildern und den Entwicklungsprozess zum beidseitigen Nutzen kontrollierbarer gestalten. Erst in der zweiten Hälfte des 21. Jahrhunderts wird sich dann voraussichtlich die Frage nach einer auch die südliche Hemisphäre einschließenden, weiterhin von souveränen Nationalstaaten getragenen, effektiveren globalen Kooperation stellen, wie sie heute für die Europäische Union und in den kommenden Jahrzehnten für die entwickelteren Staaten der nördlichen Hemisphäre geboten ist.

Anmerkungen

- ¹ CIA (2018) Die Welt im Jahr 2035: Gesehen von der CIA und dem National Intelligence Council, Verlag C.H.Beck, München.
- ² Der »Internationale Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte« vom 16.12.1966 (UN-Sozialpakt) definiert diese Selbstbestimmung als grundlegendes Völkerrecht in Artikel 1: »Alle Völker haben das Recht auf Selbstbestimmung. Kraft dieses Rechts entscheiden sie frei über ihren politischen Status und gestalten in Freiheit ihre wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung.«
- ³ Die EU schloss mit den als »AKP-Staaten« bezeichneten ehemaligen Kolonien Freihandelsabkommen ab. Diese »Wirtschaftspartnerschaftsabkommen« (WPA) stehen in der Kritik, etwa durch den massenhaften Export stark subventionierter EU-Agrarerzeugnisse lokale Märkte in Afrika torpediert zu haben.
- ⁴ Der britische Politikwissenschaftler David Goodhart stellte in seinem Artikel »Too diverse?« 2014 die Hypothese auf, dass bei sich kulturell zunehmend heterogenisierenden Gesellschaften der solidarische Zusammenhalt zwischen den Gruppen wegen Abgrenzungstendenzen bzw. Integrationsschwierigkeiten ab-

- nimmt: www.prospectmagazine.co.uk/magazine/too-diverse-david-goodhart-multiculturalism-britain-immigration-globalisation.
- 5 Die bereits 2013 von der EU-Kommission geforderten Regelungen zur Unterbindung der Steuervermeidung durch transnationale Konzerne hat bis heute kaum Wirkung gezeigt: www.n-tv.de/wirtschaft/EU-will-Steuerschlupfloecher-stopfen-article11792586.html.
- 6 Prof. Dr. Matthias Klingner, Leiter des Fraunhofer-Instituts für Verkehrs- und Infrastruktursysteme kritisiert sinnlose Fahrverbote und Umweltzonen: »Nur Bruchteile der gemessenen Feinstaubwerte lassen sich dem Diesel zuordnen«; www.n-tv.de/mediathek/videos/politik/Ein-Dieselfahrverbot-wird-keinen-Effekt-haben-article20265624.html.
- 7 Gesamtkostenrechnung zur Energiewende bis 2025: www.insm.de/insm/Themen/Soziale-Marktwirtschaft/Gesamtkosten-Energiewende.html
- 8 Das Grundgesetz legt im Artikel 20 (2) bereits direktdemokratische Mechanismen für die Ausübung der Staatsgewalt durch das Volk dezidiert fest: »Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen [...] ausgeübt.«
- 9 Hofbauer, Hannes (2018): Kritik der Migration. Wer profitiert und wer verliert. Promedia Verlag, Wien.
- 10 Jakob Augstein: »Einwanderung. Ein deutscher Traum«; www.spiegel.de/politik/deutschland/einwanderung-ein-deutscher-traum-kolumne-a-1217379.html
- 11 Der »Global Compact for Safe, Orderly and Regular Migration« (Entwurf des Vertragstexts: https://refugeesmigrants.un.org/sites/default/files/180711_final_draft_o.pdf) wird von der Bundesregierung als »politisch [...] verbindliches Abkommen« angestrebt (Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestags: WD 2 – 3000 – 052/18 vom 19.04.2018).
- 12 EU-Machbarkeitsstudie zur Flüchtlingsumsiedlung 2010: https://ec.europa.eu/home-affairs/sites/homeaffairs/files/e-library/docs/pdf/final_report_relocation_of_refugees_en.pdf
- 13 IOM Weltmigrationsbericht 2018: https://publications.iom.int/system/files/pdf/wmr_2018_en.pdf
- 14 DSW Weltbevölkerungsbericht 2018: www.dsw.org/wp-content/uploads/2018/08/DSW-Datenreport-2018_final.pdf

- 15 «Rigaud, K. Kumari et al. (2018): Groundswell: Preparing for Internal Climate Migration. World Bank, Washington, DC.: <https://openknowledge.worldbank.org/handle/10986/2946>
- 16 Der US-Militärgeheimdienst DIA erkannte schon 2012 den im Entstehen begriffenen Islamischen Staat als wünschenswertes Instrument zum Sturz der Regierung Assad in Syrien: »Es besteht die Möglichkeit der Gründung eines [...] salafistischen Fürstentums [...] und das ist exakt, was die Unterstützermächte der Opposition wollen, um das syrische Regime zu isolieren [...]. Dies schafft die ideale Atmosphäre um [...] den Dschihad unter [...] den Sunniten [...] der arabischen Welt zu vereinen [...]. ISI könnte einen Islamischen Staat ausrufen mithilfe der Vereinigung mit anderen Terrororganisationen«; www.judicialwatch.org/document-archive/pgs-287-293-291-jw-v-dod-and-state-14-812-2/.
- 17 Die AfD ist die einzige im Bundestag vertretene Partei, die einen Parteitagbeschluss gefasst hat (30.06.2018) die Syriensanktionen zu beenden: »Die AfD betrachtet die Wirkung der EU-Sanktionen gegen Syrien mit großer Sorge«, da sie »normale Syrer bestrafen und die Arbeit von Hilfsorganisationen fast unmöglich machen. [...] Im Interesse des deutschen und des syrischen Volkes rät die AfD nachdrücklich zu einer Aufhebung der Auflagen.«